

Nr. 229.
Leipzig.
Geprint auf der Sonntags-
Zeitung.
Preis
vierzig Pfennig 1 M. 20 Pf.
Eine einzelne Rumppe
20 Pf.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Mittwoch,
1. October 1879.
Inserate
Sind an die Expedition zu
Leipzig zu senden.
Inserationsgebühr
Für die Spaltenzeile 20 Pf.
unter Einigung 20 Pf.

Telegraphische Depeschen.

* Wien, 29. Sept. Ihre kaiserl. königl. Hoh. die Frau Kronprinzessin des Deutschen Reiches und von Preußen hat nach vollendetem Badeur heute früh Römerbad verlassen und ist über Laibach, Villach, Bozen nach Benedig abgereist.

Paris, 28. Sept. Die Neuherungen, welche Gambetta neulich einem fremden Staatsmann, dem früher spanischen Minister des Kaisers, Cervajal, gegenüber gemacht und wobei derselbe der Indépendance belge zufolge erklärt hat, er werde die Leitung der Geschäfte nicht übernehmen, wenn nicht ganz besondere Umstände einträten, da seine Stelle im Parlament sei, dessen Vertrauen übrigens die jüngsten Minister besäßen, und sein Eintritt in die Leitung der Geschäfte so aufgeschoben könnte, als sei Gefahr im Verzuge und als müsse die Republik ihre letzte Karte ausspielen, werden in politischen Kreisen sehr bemerkt und als Beweis seines vollsten Einvernehmens mit dem Cabinet Baddington günstig aufgenommen. (Post.)

* London, 29. Sept. Wie dem Neuter'schen Bureau aus Simla vom heutigen Tage gemeldet wird, hat General Roberts eine Proclamation erlassen, in welcher er den Vormarsch der englischen Truppen beabsichtigt von Kabul anständigt und die friedlichen Einwohner, welche an dem Angriffe auf die Residenz der englischen Gesandtschaft nicht teilnahmen, auffordert, auf ihre Sicherheit Bedacht zu nehmen. Djenigen, welche nach Veröffentlichung der Proclamation mit Waffen betroffen werden sollten, würden als Feinde behandelt werden.

* Wien, 29. Sept. abends. Meldung der Politischen Correspondenz aus Konstantinopel: "Die internationale Commission hat die militärische Grenzregulierung zwischen Bulgarien und Ostromelien beabegt und dieselbe mit fünf Stimmen gegen die Stimme Russlands angenommen. Der französische Commissar enthielt sich der Abstimmung."

Ein Willkommen dem Reichsgericht!

— Leipzig, 30. Sept. Gestern riefen wir dem Reichs-Oberhandelsgericht bei seinem Scheiden aus dem Leben und aus unserer Stadt ein Wort aufrichtiger Anerkennung für das, was es geleistet, und herzlichen Lebewohl nach; heute bringen wir dem Reichsgericht, das morgen in ebenfalls feierlich eröffnet werden soll, unsere bestreitigen Segenswollwünsche entgegen.

Mit dem Ingolstädter diesmal überseiten Gerichtshof für ganz Deutschland wird die Reihe der großen nationalen Institutionen zum Abschluss gebracht, wird die Einheit, welche das deutsche Volk so lange entbehrt und so heiß ersehnt, in einem der allermächtigsten Punkte, auf dem Schatz des Menschen, wo sie bisher nur auf Thronen zur Verstärkung gelangt.

Die 52. Versammlung deutscher Naturforscher und Ärzte.

Da der letzten allgemeinen Sitzung vom 24. Sept. die, nun mit einem Bericht des Dresdner Dozenten eintraten, daß es Geschäftsführer zunächst mit, daß die Stadt Danzig die auf sie gesetzte Wahl für die 53. Naturforscherversammlung dankend angenommen; ebenso erklärte sich Geheimrat Wegs aus Danzig zur Übernahme der Stelle eines ersten Geschäftsführers bereit.

Hierauf sprach Professor Gustav Jäger aus Stuttgart über „Gemithssäcke“, nachdem er schon tags vorher vor einem kleinen Zuhörerkreise eine Demonstration seiner Untersuchungsmethode der Nierstoffe (Neuralanalyse) und über die Nierstoffe selbst gegeben. Redner demonstrierte an zahlreichen Curven, welche fast eine ganze Wandfläche bedeckten, die Resultate seiner Untersuchungen über die heterogenen Nierstoffe sowie über Affekte, welche leicht von außen durch Nierstoffe beeinflußt werden, Theile, wie der Zorn, die gebrachte Stimmung &c., von ihnen herauskommen. Da der Redner fast hierbei fastlich auf ein Gebiet vertrat, welches durchaus nicht in einer allgemeine Sitzung passen konnte, so erklärten wiederholte Male nach Stolz, und diese unzweckdienlichen Ausdrückungen veranlaßten den Herrn Professor, seinen Vortrag sicher zu beenden und noch die Ansfordeung dringend, keine Nierstoffe prüfen zu wollen. Vereinzelte Beifallserzeugungen wurden durch lautes Bischof unterdrückt.

Koch, ihm durch Dr. Stolz aus Hannover über-

war, vervollständigt, und damit ein tieferer Herzenswunsch deutscher Patrioten endlich erfüllt, der schon vor mehr als zwei Menschenaltern sich laut äußerte, aber weder damals noch in späteren Stadien unserer Geschichte ans Ziel zu gelangen vermochte, wie oft er auch demselben nahe zu sein schien.

Das Vertrauen der Nation kommt dem neuen einheitlichen Gerichtshofe entgegen, wie es den jetzt geschiedenen, seinen Vorgänger, auf den Bahnen seiner nahezu zehnjährigen Wirksamkeit unwandelbar begleitet hat! Sie hofft, in ihm eine feste, unerschütterliche Burg der Gerechtigkeit begründet zu sehen.

Wahr jene trüben Zeiten der Cabinetsjustiz und der Einschüchterung oder Corruption der Gerichte, in welchen doppelt hell der Königliche Wahrspruch glänzte, der vom preußischen Throne ausging und vom preußischen Volke mit gerechtem Stolze verkündet ward: "Es gibt noch Richter in Berlin" — jene Zeiten sind hoffentlich für immer vorbei und werden nicht wiederkehren; die Unabhängigkeit der Gerichte ist mehr und mehr in allen deutschen Landen zu einem in den Verfassungen selbst festgesetzten, von den Regierungen respektuierten, von der öffentlichen Meinung eiserstüchtig überwachten Fundamentalsatz konstitutionellen Lebens geworden.

Aber nicht blos nach oben gilt es die Unparteilichkeit richterlichen Spruches, nicht blos bei Conflicthen des einzelnen mit der öffentlichen Macht oder umgekehrt; auch in den Streitigkeiten auf dem Gebiete des bürgerlichen Rechts, wo bald Individuum gegen Individuum, bald auch Stand gegen Stand, Beruf gegen Beruf, Reichthum gegen Armut steht, wird eine unanfechtbar gerechte und ebenso unausgegängt rasche Entscheidung dieses hohen Gerichtshofes, so oft der selbe angerufen ist, von allen Beteiligten sehnlichst erhofft und dankbar begrüßt werden.

Gewiß, diese Hoffnungen werden in Erfüllung gehen; dieser Dank wird ein wohlverdienter sein! Dafür bürgt die gewissenhafte Auswahl der Persönlichkeiten durch die gemeinsame Entschließung unsers aller verehrten Kaisers und der einzelnen Landesregierungen; dafür mögen die Namen so viele und in solchen wichtigen Stellungen bereits bewährter Männer, nicht am wenigsten auch der Name des Mannes, der an die Spitze dieses Gerichtshofes gestellt ist und der zu so einflussreicher und verantwortungsvoller Stellung den wohlgegrundeten Ruf strenger Unparteilichkeit und tadeloser Geschäftsführung mitbringt, den er durch eine vieljährige ausgezeichnete Thätigkeit als Präsident parlamentarischer Körperschaften sich erworben hat.

Und so heißen wir denn das deutsche Reichsgericht bei seinem morgigen Eintritt ins Leben und in seinen hochwichtigen Wirkungskreis von Herzen willkommen, willkommen im Namen der ganzen Nation, die in ihm ein neues wertvolles Palladium ihrer Freiheit und Wohlfahrt erblickt, willkommen im Namen dieser Stadt, welche bescheiden, aber hocherfreut sich der seltenen Ehre

bewußt ist, die durch Hierherverlegung des obersten Gerichtshofes für ganz Deutschland ihr widerfährt, und welche dieser Ehre in jeder Weise sich werth zu machen bestrebt sein wird.

Willkommen denn, dreimal willkommen Ihr, die Ihr Recht sprechen sollt im Namen von Kaiser und Reich! Segnet sei Euer Einzug, gesegnet Eure Wirksamkeit!

Der feierliche Schluß des Reichs-Oberhandelsgerichts.

* Leipzig, 30. Sept. Auf die gestern mitgetheilte Rede des Präsidenten des Reichs-Oberhandelsgerichts wurde — nachdem die nichtrichterlichen Beamten mit Ausschluß des Staatsanwalts den Saal verlassen hatten — von dem ersten Vicepräsidenten, Dr. Drechsler, bei Übergabe eines silbernen Tafelausschusses als eines Ehrengeschenks der Vicepräsidenten, der Räthe und des Staatsanwalts, Folgendes erwidert:

Hochverehrter Herr Präsident! Es naht sich die Stunde, in der Sie von dem Orte scheiden, an dem Sie so lange gewirkt haben. Wir, Ihre bisherigen Collegen, werden immer mit Stolz auf Sie, unsern Führer, blicken. Denn wir sind uns bewußt und vor allem berufen, es anzuerkennen, daß die Wirksamkeit des Gerichtshofes, dem wir bisher angehörten, niemals eine so fruchtbringende gewesen wäre, wenn nicht Sie, Herr Präsident, Ihre Kraft eingesetzt hätten; die schwierigste Aufgabe zu erfüllen, die vor je einem Gerichtspräsidenten gestellt war —, freilich eine Vollkraft, wie sie selten gefunden wird, die im Stande war, immer auch den höchsten Anforderungen ganz zu genügen, und uns so ein Beispiel von Pflichterfüllung gab, die uns die wahrhafte Mahnung sein mußte, selbst fortzustreben und zu leisten, was in unsern Kräften stand. Einen Erfolg haben Sie sich dadurch schon jetzt für immer errungen: das ist die auf wahrer Werthaltung beruhende, volle Anerkennung und Verehrung Ihrer bisherigen Collegen. Wir fühlen uns gebunden, Ihnen dies beim Scheiden auszusprechen, und bitten Sie zugleich, uns zu gestatten, Ihnen ein schätzbares Zeichen unserer Erinnerung zu widmen, indem Sie dieses Ehrengeschenk von uns annehmen. Diese Gabe wird Ihnen seitens des Zeitraums in die Erinnerung zurückrufen, welcher in der Geschichte des deutschen Gerichtswesens ungewöhnlich mit Ihrem Namen verknüpft ist, die

für Sie sind es gewesen, welcher für das im Leben zu ruhende künftliche Gedächtnis die Ordnung aufzubauen, die Organisation schuf und demnächst ausgeföhrt. Das Reichs-Oberhandelsgericht ist auf diese Weise in eigener Art mit seinem Präsidenten und dem Präsidenten mit dem Gerichtshofe verbunden gewesen. Es sollte dem Gerichtshof nicht befehlen sein, unter Ihrer füheren Führung den Entwicklungsgang ganz zu vollenden, den er vor der Wiedererrichtung des Deutschen Reiches ansetzte und fortgezogen hat. Das ist der Schmerz, der uns bei der Auflösung des deutschen Gerichtswesens erfüllt. Aber es ist uns bei der eingetretene Wendung der Dinge eine Gunsttheit, daß Sie von hier scheiden zur Wahrung einer größeren Aufgabe, als Ihnen hier geboten wurde. Denn Sie sind berufen, dem deutschen Volke das Beste darzubringen, was ihm an der Rechtsordnung noch fehlt. Ihre Kraft, Ihre Tugend, Ihre Pflichttreue wird, das sind wir sicher, auch die Vollendung dieses Werkes gelingen. Und wenn Sie dem Vaterlande das Papische Gesetz

das Thema: „Inwieweit ist der heutige Kampf gegen die Lebensmittelverschwendungen gerechtfertigt?“ erläuterte diesen Kampf als einen vollberechtigten und durchaus notwendigen, welcher aber ohne Mithilfe der Gesundheit nicht zu führen sei und bei dem man sich von jeder Übertriebung, aber auch von jeder Sorglosigkeit freizuhalten habe.

Hierauf sprach in längrem freien Vortrage Professor Schiff aus Genf „über Metallotherapie“, eine Frage, welche bekanntlich durch die Arbeiten der neuropathologischen Schule in Frankreich neuerdings die Aufmerksamkeit wieder sehr erregt hat. Redner hat selbst die Sache in Paris an verschiedenen Kranken (hysterischen Granulomata) objektiv geprüft und mußte sich dabei von der Richtigkeit der beschriebenen Neurovenenabschüttungen durch Auslegen verschiedener Metalle überzeugen. Er gelangte zu der Überzeugung, daß hierbei keine elektrische Wirkung vorliege, daß es sich vielmehr möglicher- oder wahrscheinlicherweise um Wärmeträufelungen in der Muskelarbewegung handle. Redner theilte mehrere seiner zahlreichen interessanten Versuche aufschlüssig mit und wurde am Schluß seines geistreichen Vortrags mit lautem Beifall begrüßt.

Dr. Nachtgall aus Berlin verbreitete sich in eingehender Weise über „Projecte zur Flughafenanlage der Sahara“. Redner gab zunächst eine Übersicht der Configuration der Oberfläche der Wüste sowie der geognostischen Beschaffenheit ihres Bodens. Beide französischen Projecte, die Ausführung eines Kanals sowol als die Anlage eines Schienenweges von der Nordküste bis zu dem fruchtbaren Sudan, wurden unter

den verschiedensten Gesichtspunkten, hauptsächlich der entgegenstehenden Schwierigkeiten, des Kostenpunktes sowie des zu erlösenden Nutzens näher beleuchtet. Gegen die Anlage einer transsaharischen Eisenbahn spricht hauptsächlich die schwierige Versorgung von Wasser und Heizungsmaterial sowie die Feindseligkeit der Einwohner. Das wohlhabende Projekt ist dem französischen unbedingt vorzuziehen. Andere sind alle diese Projecte nach der Ansicht Nachtgalls überhaupt noch als verfrüht zu betrachten; es fehlen auch noch alle verwertbaren statistischen Unterlagen dazu.

Medicinalrat Birch-Hirschfeld aus Dresden trat die Rednerbühne und dankte in schlichten, aber herzlichen Worten dem Volke Badens für die den Naturforschern hier gewordene freundliche Aufnahme, die sich insbesondere seitens der Stadt Baden von allen Seiten bewährt habe, sowie vor allem auch der Geschäftsführung für die würdige und unsichtige Leitung der Verhandlungen. Die Zahl der Mitglieder und Teilnehmer betrug 1095, wobei natürlich die begleitenden Damen nicht mitgezählt sind. Rednet man diese hinzu, so dürfte sich die Gesamtzahl der Besucher auf 1700 erhöhen.

Ein Drama aus dem Leben.

Das Dresden vom 26. Sept. wird der Volkszeitung berichtet:

„Ein erschütterndes Komödiendrama, welches seinerzeit unsere Stadt auf das tiefste bewegte, erlebte heute vor dem Schwurgericht ein ergreifendes Nachspiel.“

werden gebracht haben, dann können Sie mit vollendetster Befriedigung auf eine seltene Lebenswirklichkeit zurückblicken. Wir aber hoffen, daß, wenn dieser Rückblick Ihre höchste neunjährige Wirklichkeit trifft, er auch uns, Ihre Collegen, Ihnen in die Erinnerung zurücktreten wird. Lassen Sie die Gabe, welche wir Ihnen widmen, ein Monument sein, das noch in späteren Zeiten Zeugnis gibt von der Geplannung, die das Reichs-Oberlandesgericht mit seinem Präsidenten verbunden hat! Nehmen Sie in diesem Sinne die Gabe von uns an!

Der Präsident Vape entgegnete:

Die schöne und wertvolle Gabe, die Sie mir verehren, ich nehme sie mit dankenswertem Herzen entgegen. Sie rufen zu mir mit einem doppelten Grunde die lebhafte Freude hervor. Einmal wird sie mir als liebes und thauendes Andenken dienen an das Amt, welches ich als Präsident des Reichs-Oberlandesgerichts während neuer Jahren bekleidet habe, sowie an die von mir so hoch geschätzten und verehrten Collegen, die ihre Kräfte mit den meinigen verbanden, um den Anforderungen zu genügen, die an den Gerichtshof gestellt waren. Sobald aber erblieb ich in dem prächtigen Geschenk ein Zeichen, daß mein redbliches Bestreben, das wichtige Amt, welches mir anvertraut war, nach Kräften auszufüllen, die Anerkennung der ausgezeichneten Männer gefunden hat, auf deren collegialische Freundschaft ich stets den größten Werth gelegt habe. Nach den Worten, die ich vernommen habe, geben Sie mir das Zeugnis einer verdienstvollen und gebedürftigen Wirklichkeit. Allein ich kann mich des Gefühls nicht entheben, daß Sie zu nachsichtigen Richter sind und daß meine Leistungen auch nicht entfernt das Lob verdienen, welches Ihnen gezeigt wird. Ich würde bestredigter aus dem Amt scheiden, wenn ich mir selbst das Zeugnis ertheilen könnte, daßselbe in vollem Weise so bekleidet zu haben, wie mir nachgerühmt wird. Die Anerkennung, die mir von verschiedener Seite zuteil wird, ich verdanke sie Ihnen, Ihrer Pflichttreue, Ihren raschlosen Vermögen, Ihrer aufopfernden Tätigkeit, Ihren Fähigkeiten und Leistungen. Seien Sie versichert, daß dies meine wahrste und vollste Überzeugung ist und daß nicht die Bescheidenheit aus mir spricht! Wie sehr fühle ich mich also Ihnen gegenüber zum Danke verpflichtet! Sie werden begreifen, welchen Schmerz ich bei der Trennung von Ihnen empfunde. Durch die Gabe, welche ich heute von Ihnen empfangen, haben Sie diesen Schmerz zu lindern gewußt. Von Ihrer Güte tief gerührt, richte ich die warme Bitte an Sie, meiner in Zukunft nicht zu vergessen und überzeugt zu sein, daß jeder von Ihnen in meinem Gedächtnis fortleben wird.

Die so würdevolle und bedeutsame, ebenso erhebende als Wehmuth erregende Freierlichkeit endete damit, daß sich der Präsident noch von jedem einzelnen Anwesenden unter Händedruck verabschiedete.

Die lutherische Orthodoxie und der Culturlampf.

Die Allgemeine Evangelisch-Lutherische Kirchenzeitung bringt unter der Überschrift „Rom und Berlin“ ein kritisches Résumé über den Gang der Verhandlungen zwischen dem Reichskanzler und dem apostolischen Stuhle. Die »Germania« hält die Wiedergabe desselben bei der Bedeutung des Blattes und der durch dasselbe vertretenen kirchlichen Richtung für angemessen, erhebt aber gegen die Richtigkeit und Vollständigkeit der gegebenen Übersicht der Verhandlungen „wohlbegündete Zweifel“. Die Allgemeine Evangelisch-Lutherische Kirchenzeitung leitet ihre Ausführungen mit der Bemerkung ein, daß trotz aller Leitartikel und Telegramme die Sache noch auf demselben Fleck stehe wie bei Beginn des Jahres. Dann heißt es:

Am 7. Nov. v. J. richtete der Cardinal Nino ein ausführliches Schreiben an den Kanzler, in welchem er einen weiten Horizont für das herzustellende Einverständniß eröffnete. Es war darin von einer majestätischen und imponirenden Verbindung des Papstthums und des Kaiserthums gegen die gemeinsamen Feinde beider die Rede; eine

seltsame Ironie der Entwicklung, wenn man sich erinnert, daß im Jahre 1871 die Norddeutsche Allgemeine Zeitung Rom als stetigen Feind des Kaiserthums angreift. Aber die Rechte konnte nicht ausbleiben; der Cardinal erklärte, daß die Ausübung der gelegebenden und Civilgewalt in Deutschland seit einigen Jahren in offenem Widerspruch zu der göttlichen Verfassung der Kirche stehe; man müsse zu dem früheren Zustand zurückkehren, der 50 Jahre gedauert habe und in dem ein solcher Widerstreit nicht bestanden; nur so könne den katholischen Untertanen des Kaisers die Ruhe wiederergeben und ein Kampf beendet werden, der zwar ihre Treue gegen den Souverän nicht vermindert, obwohl sie durch die erwähnte Gesetzgebung oft gehindert seien, ihm ihre Liebe so wie sie es wünschten, d. h. ohne Rückhalt, zu bezeigen.

Es war begreiflich, daß dies Schreiben wenig Anfang in Friedensstube fand. Dem Kanzler erschien jener in Aussicht gestellte Bund von Kaisers und Agamemnon nicht in so lobendem Lichte, daß er die Waffen ablaßt hätte strecken sollen; er bedachte vielmehr Dr. Fall, daß derselbe in Sachen der evangelischen Kirche dem Kaiser Concessiones machen müsse, wogegen er ihn im Kampfe gegen Rom weiter stützen werde. So geschah es. Regel und Baut traten in den Oberkirchenrat und Dr. Fall, sich von einem Stärkeren geschlägt wissend, legte weit aus und hielt seine große Culturlampfrede am 11. Dec.

Natürlich mußte dieselbe in Rom höchst missfallen, und die keine Antwort auf Nino's Schreiben kam, interpellirte derselbe den Kanzler zu Anfang dieses Jahres in sehr unumwundener Weise: die Kurie müsse wissen, ob Preußen die für den Frieden nothwendigen Zugeständnisse zu machen bereit sei, da der Heilige Vater sich sonst außen Stande sehen würde, noch länger zur Verhügung der preußischen Katholiken beizutragen. Vorausgegangen war die Veröffentlichung des päpstlichen Schreibens an den Erzbischof von Köln, in welchem gebeten ward, daß Gott „den edeln und mächtigen Kaiser von Deutschland und die ihm zur Seite stehenden einflussreichen Personen «ad mitiora consilia inclinet, ut nobilis Germanorum natio dissidiis compositio bona et fructus duraturas pacis salvis ecclesias iuribus consequeretur“.

Auf diese Interpellation erwiederte der Kanzler nach längerer Zeit mit dem Vorschlage, Commissare zu ernennen, welche die streitigen Punkte in ihren Einzelheiten discutiren sollten, und bezeichnete seinerseits den Bischof Hefele als geeigneten Mann dafür; eine Wahl, die, wenn der Verteidiger darauf eingegangen wäre, in Rom schwerlich als Beweis gelten könnte, daß der Kanzler den Frieden ernstlich wolle. Und als man von dort später anregte, ob nicht die Goldene Hochzeit des Kaiserpaars Anlaß zur Wiedereröffnung biete, erklärte der Fürst, das gehöre nicht zu seiner Kompetenz und er müsse seinen Collegen, den Ministern der Justiz und des Cultus, überlassen, die betreffende Anregung zu geben!

Es mag dahingestellt bleiben, ob die Gebüld des Vaticanus, wo man ja das Warten vorstreichlich versteht, für eine fortgesetzte bilateralische Verhandlung dieser Art ausgereicht haben würde, wenn nicht inzwischen im Innern die wirtschaftliche Frage zur Krisis geführt hätte. Der Kanzler brauchte das Centrum für den Zolltarif, und nachdem er länger parallel mit Hrn. v. Bemmelen und Frhr. zu Brandenstein unterhandelt, entschloß er sich dafür, die Untersuchung des letztern anzunehmen, und verabschiedete den großen Kompromißdiplomaten der National-Liberalen, der sich großenteils in sein Herz zwielogg. Wir glauben es Hrn. Windthorst aus' Wort, daß dem Centrum bei dieser Gelegenheit keine Versprechungen in der kirchlichen Frage gemacht sind; wenn er aber bekannte, auf die Logik der Thatsachen zu bauen, so könnte er sich doch recht sehr täuschen; denn der Kanzler ist kein Freund dieser Art von Logik, wo sie seine Kreise zu stören geeignet ist, hat vielmehr eine Logik sui generis. Daraus, daß Dr. Fall zurücktrat, in welchem der Gebante der Staatsomnipotenz seinen unumwundenen Ausdruck gefunden hatte, folgte noch keineswegs, daß sein Nachfolger nun für die berechtigte Selbständigkeit der Kirche eintrete. Die Sache stand vielmehr so, daß zwischen dem Kaiser und dem Minister neue Differenzen in evangelischen Kirchenfachen eingetreten waren und letzterer in der Wilhelmstraße nicht mehr die Unterstützung fand, die einst dem widerstreitenden Souverän die Sanction der Synodalord-

nung abgerungen. Dr. Fall hatte nun namenslich noch wieder in der letzten Zeit eine zu ausgesprochene Stellung eingenommen, um die große Schwierigkeit des Kanzlers innern mitzumachen; er erkannte, daß seine Zeit abgelaufen, und war klug genug, zurückzutreten, wo er es mit Ehren in Gesellschaft von Friedenthal und Hobrecht thun konnte. Wir sind nicht geneigt, die Wichtigkeit dieser Wendung zu unterschätzen. Dem Liberalismus ist durch die Belebung seines „einzigen festen Punktes im Ministerium“ ein Schlag versetzt, von dem er sich nicht leicht erholen wird; die Ablehnung eines Mandats von Seiten Bemmelen's und von Beamten wie Spiegel und Wehrenpfeiffer zeigt deutlich den Witterungsumschlag; es ist nicht mehr möglich, im Schatten der Regierung in Culturlampf zu machen. Für die bevorstehende Generalsynode ist es gewiß von großer Bedeutung, daß der gegenwärtige Minister ein warmer Befürworter des liberalen Unterrichtsgesetzes ist, was die Abhängen des Kaisers rückhaltslos unterstützen wird. Das erhoffte liberale Unterrichtsgesetz mit seinen 800 Paragraphen wird gute Weile haben und, was das Wichtigste ist, die stille unterstützende Arbeit der Simultanunterricht der Schulen wird auf höhere Würde nicht zum geringsten Theil der unermüdlichen Thätigkeit des Vereins zur Erhaltung der evangelischen Volksschule zu danken ist.

Aber mit alledem ist für die Beendigung des Streites mit der römisch-katholischen Kirche noch nichts gethan. Minister v. Puttkamer ist vielmehr strikt an die Marschroute gebunden, die ihm der Kanzler vorschreibt, und seine Antwort auf die Eingabe der Konferenz des münsterischen Clerus vom 13. Aug. zeigt, daß Fürst Bismarck noch ganz auf dem alten Standpunkte steht: erst Unterwerfung unter die Gesetze, welche der Clerus eben als seinem Gewissen zuwiderräußern will, dann läßt sich über Zugeständnisse sprechen. Die »Germania« hat denn auch sofort erkannt, daß die höfliche Form das Einzigste sei, was die Kundgebung von den Antworten Fall's unterscheidet, und sie blieb damit eher das Richtige getroffen haben, als die Kreuzzeitung, welche in dem Schreiben nur die Position erkennen will, daß der Staat nicht unbedingt die Waffen frecken kann.

Unter solchen Auspicien treten wir in den Wahlkampf. Unzweifelhaft wird das Centrum ungeschwächt aus demselben hervorgehen, mögen auch viele Katholiken es missbilligen, daß ihre Vertreter sich zu unbedingt der Regierung hingeben und unfehlbar den Punkt ihres Programms, „neue neuen Sternen“, aufgegeben haben; die Disciplin der Partei wird stark genug sein, sie wenigstens in Preußen, auf welches es zunächst allein ankommt, zusammenzuhalten. Aber die Herren Windthorst und Schorlemer-Alst werden zurückkehren als „säder bat wiser men“ und nicht mehr auf die Logik der Thatsachen vertrauen, sondern der vorausgesetzlich in St. Maj. allergetrennte Opposition zurücktreten. Die Conservativen dürften unter der gegenwärtigen Konstellation erheblich gewinnen, aber schwerlich mit den zu allem erbittigen Freiconservativen eine Majorität bilden. Der Kanzler wird also in die Alternative gekellt sein, dieselbe in der Unterstützung des Centrums oder der „Liberalen“ zu suchen, und daß die Leytern, wenn es ihnen nur halbwegs möglich gemacht wird, dazu bereit sein werden, ist nicht zu bezweifeln; sieht doch ein Artikel der »Deutschen Rundschau« vom September die Aufgabe der liberalen Partei darin, sich blindlings für den Fürsten Bismarck zu erhalten! Die Verlässliche, die in sich selbst keinen Halt mehr hat, wirdt schließlich auf die Rückkehr des Ungetreuen. Man darf begierig sein, zu sehen, nach welcher Seite die Wage sich in der Hand des maßgebenden Staatsmannes neigen wird. Jedermann wird die Vorgänge für die Zukunft des Culturlampfes wichtiger sein, als die Unterhandlungen mit Rom gewesen sind und sein werden. Denn wenn auch die Kurie erkannt hat, daß Wsgr. Magella dem großen Magus des Nordens nicht gewachsen war und er keine Aussicht mehr haben dürfte, von Lissabon zum Runtius in Berlin zu avancieren, so bleibt es doch sehr fraglich, ob sein Nachfolger mehr Aussicht hat, die pax firma et durabilis anzubahnen, welche man in Rom wählt.

Wir unsererseits bleiben bei unserm Ceterum censio, der unselige Streit kann durch Unterhandlungen mit der Kurie nicht gelöst werden, solange die Maigesetze bestehen; wird aber aus denselben beseitigt, was die römisch-katholische Kirche nicht annehmen kann, so werden Unterhand-

In der Nacht vom 28. zum 29. März fand man den Tischlergesellen Ernst Joseph Seidel mit seinen drei Kindern (acht-, neun- und dreizehnjährige Knaben) in seiner Dachstube Posenerstraße Nr. 11 durch Kohlenoxydgas erstickt vor. Die angestellten Wiederbelebungsversuche führten nur den Vater sowie den dreizehnjährigen Sohn in das Leben zurück. Der Thatsatz bestand der nun gegen den ersten erhobenen und heute verhandelten Anklage wegen Mordes ergibt sich aus dem Geständnisse des Angeklagten. Derselbe, von Krankheit gebrüllt und ein Bild des Elends, deponirt mit thronenunterbrockter Stimme Folgendes:

Als ich im Jahre 1866 aus dem Hause zurückkehrte, begann sich bei mir ein Rückenmarksleiden einzustellen. Meine Frau wurde ebenfalls krank und blieb fünf Jahre lang leidend. Als meine Frau im August 1878 gestorben war, mußte ich vollends zusiehen, was mir noch übrigblieben war. Ich konnte fast gar nichts mehr verdiene und im Winter hatte ich sogar schon mein Handwerkzeug versiegen müssen. Zehn strengte noch der Haushalt eine Zwangslösung gegen mich an. Am 27. März sollte ich mit meinen drei Kindern auf die Straße gesetzt werden. Auf meine Bitte gestattete man mir, noch eine Nacht in meiner Bodenklammer zu schlafen. Ich nahm das letzte Geld und kaufte davon den Kindern für den Abend etwas zu essen, ich selbst nichts. Als es Abend wurde, sagte ich den Kindern, daß ich es nicht mehr länger aushalten könnte, ich würde mit das Leben nehmen. Die Kinder baten, ich möchte sie doch nicht allein zurücklassen, sondern sie mitnehmen, sie würden gern sterben. Ich setzte den Kindern auseinander, daß ich sie mit Kohlendampf töten würde, weil dies keine Schmerzen verursacht. Sie waren alle drei bereit, trotzdem ich ihnen die Art und Dauer des Todeslampfes erzählte. Ich machte nun mehr Feuer im Ofen, nahm die Kohlen, als sie angebrannt waren, heraus, legte sie auf die Platte und schüttete frische Kohlen darauf. Dar-

auf legte ich mich auf den Strohsack zu den Kindern und schließe ein. Was weiter geschah, weiß ich nicht. Ich kam erst im Spital zu mir und dort erfuhr ich auch erst, daß die beiden jüngsten Knaben tot sind.

Der Staatsanwalt beantragt Beweisaufnahme, da der Angeklagte selbst nicht entscheiden kann, ob er mit Übelregung gehandelt habe und ob der Tod thatsfächlich infolge dieser Handlungswise eingetreten sei.

Benze Stiller befandet, daß, als er am 29. März früh mit der Art die Thür sprengte, noch glühende Kohlen auf der Platte waren. Im Zimmer habe sich nur ein Strohsack sowie ein bereits gepfändeter Tisch befunden.

Der allein gerettete dreizehnjährige Knabe Franz Seidel, ein bleiches, von Not und Entbehrung zeugendes Kind, erzählte jüngernd und stockend den Sachverhalt entsprechend den Angaben seines Vaters. Seine Schilderung sowie sein ganzes Auftreten machen einen rührenden Eindruck. »Der Vater fragte uns alle drei, ob wir mit ihm wollten zur Mutter gehen. Wir sagten Ja. Darauf ging er zu einer Nachbarin, etwas Kohlen zu holen, wir legten uns nieder und schliefen ein. In der Nacht sind wir aufgewacht, die ganze Stube war voll Dampf, ich schlief wieder ein und wachte erst im Hospital auf.“ Vorsitzender: Was dachtet ihr denn bei dem „zur Mutter gehen“? Knabe (stockend und schluchzend): Dass wir sterben müßten. Vorsitzender: Und waren auch deine Brüder einverstanden? Knabe: Wir wollten alle gern sterben. Vorsitzender: Warum wolltet ihr denn sterben? Knabe: Arbeit hatte der Vater nicht, zu essen befahlen wir wenig und mußten hungern. Die alte Wohnung sollten wir verlassen, eine neue hatten wir nicht. Der

Vater hat noch am Abend von der Frau, die uns oft unterstützte, etwas Brot gelauft, das er uns gab. Als wir in der Nacht aufwachten, fragte uns der Vater noch einmal, ob wir sterben wollten. Wir sagten »Ja«.

Die ärztlichen Sachverständigen constatiren, daß der Tod der beiden Kinder durch die Handlungswise des Angeklagten eingetreten, sowie daß dieser selbst im höchsten Grade nervenleidend ist.

Der Staatsanwalt hält die Anklage wegen Mordes aufrecht. Nachdem der Vertheidiger Rechtsanwalt Vater in warmen Worten die entsetzliche Lage des Angeklagten geschildert und die Geschworenen zu einer halbstündigen Beratung zusammen. Das Ergebnis ihrer Beratungen war die Freisprechung des Angeklagten.

Aus einer größeren schlesischen Stadt wird unterm 24. Sept. geschrieben: »Die Wuth, Jubiläen zu feiern, ist wol in allen Kreisen eine große, aber ein solches Unicum von Jubiläum, wie es eine Persönlichkeit heute hierzuläßt. In seiner Vaterstadt in solennster Weise begeht, ist gewiß noch niemals und nirgends gefeiert worden. Erwähnter Herr veranstaltete nämlich heute zu dem 30. Geburtstage seines Austritts aus dem hiesigen Gymnasium, in welchem er bis zur zweiten Klasse des Untergymnasiums emporstiegen war, um dann in das praktische Leben zu treten, ein Fest, welches alle notwendigen Momente, wie Gottesdienst, Banquet mit schwungvollen Reden und Toasten, in sich vereinigte. Die Communionen der zweiten Klasse des Gymnasiums aus dem Jahre 1849 lud der Jubilar aus fern und nah zu seinem Jubiläum, und — was das Merkwürdigste ist — es sind auch einige erschienen.

entlich noch
konzessions im
Zeit abgelaufen,
er es mit
brecht ihm
dieser Wenzel
die Be-
ministerium
ist erholen
Bennigsen's
zeigt deut-
nöglich, im
Gute.
von großer
armes Herz
in des Kai-
te überale
wirkt gute
wirkt auf-
zunächlichen
angelsischen

Streites
s gehan-
ie Mar-
und seine
ünsterchen
noch ganz
nung unter
Gewissen
Zugeständ-
sorft er-
was diese
eide, und
n, als die
Position
ie Waffen

bahkamps.
bemelben
isbilligen,
ng hinge-
10. „keine
der Partei
uf welches
Aber die
rliebhaben
die Logik
h in St.
e Konser-
lation er-
dem erbbür-
ter Kanzler
e in der
zu suchen,
s möglich
z bezei-
“ vom
ich blaud-
Die Ver-
riet sehr
begierig
ch in der
Jeden
Cultur-
mit Rom
die Curie
agus des
et mehr
erlin zu
im Nach-
als anzu-

consoo,
mit der
bestehen;
ch fah-
terhand-

uns oft
ab. Als
er Vater
in «Das
n, das
ngweise
elbst im

in Mor-
kanwalt
des An-
Ange-
n einer
ergebnis
s An-

unter
feiern,
Unicum
ietiefst
gewiß
vibunter
entlage
welchem
aporge-
en, ein
obien,
ch ver-
dynas-
en und
irdigkeit

lungen über die eigentlich wichtigen Fragen unndig; es kann sich dann nur um Dinge, wie die Angelegenheit der Ernenntung der Geistlichen, und Personalfragen, wie die Amnestierung der verurteilten Bischöfe handeln, was seine Schwierigkeit nicht machen würde. Solange aber der Staat sich nicht aus eigener Initiative zur Revision seiner kirchlichen Gesetzgebung entschließt, so lange ist auch alles Reden von einem Modus vivendi zwecklos, denn, so beschränkt die Dominiore waren, welche die Maigesetze entwarfen, so haben sie ihr Handwerk doch hinreichend verstanden, um es unmöglich zu machen, thatsächlich einen Zustand durchzuführen, der im direkten Widerspruch mit den Gesetzen stehen müßte, wenn er auch nur den Namen eines Modus vivendi verdienen sollte. Das Centrum scheint dies zu erkennen. Nachdem das sanguinische Vertrauen auf die Logik der Thalischen geschwunden, erheben seine Organe aufs neue den Ruf: „Beteiligung der Maigesetze.“ Alles wird darauf ankommen, ob es den Kanzler in die Lage setzen kann, sein zu das so formulieren zu müssen, daß es dies erreicht.

Selbst der „Germania“ geht denn doch die Kriegslist des orthodox-lutherischen Blattes zu weit. Sie begleitet den Artikel der Evangelisch-Lutherischen Kirchen-Zeitung mit einigen abschwächenden Bemerkungen, in welchen sie vor optimistischen Erwartungen warnt, aber erklärt, nicht die Hoffnung aufzugeben, „daß die Regierung in richtiger Würdigung der Interessen des Landes endlich ernste Schritte zur Beendigung des unheilsamen Kampfes thun wird“. An Entgegenkommen kirchlicherseits werde es ihr gewiß nicht fehlen; aber die Kirche könne und werde niemals einen „Kirchhoffrieden“ acceptiren.

Deutsches Reich.

Über einen möglichen deutsch-österreichischen Zollverein schreibt man dem Schwäbischen Merkur aus Wien vom 24. Sept.: „Wie es sich nun zeigt, hat man die Bedeutung der wiener Reise des Fürsten Bismarck bisher eher zu niedrig als zu hoch veranschlagt. Das bereits telegraphisch gemeldete principielle Uebereinkommen, das politische Zusammengehen Deutschlands und Österreichs durch ein wirtschaftliches Zusammengehen zu ergänzen und zu festigen, ist von solch gewaltiger Tragweite, daß man es erst allmählich, erst nach dem Bekanntwerden weiterer Einzelheiten, ja erst nach eingehenden Berathungen und Verhandlungen ganz zu würdigen im Stande sein wird. Aber auch die Grundlinien des geplanten Uebereinkommens an sich sind schon merkwürdig und bedeutsam genug. Es lohnt sich, dieselben gegenüber einigermaßen abweichen den Angaben nochmals festzustellen. Was wir von guter Seite darüber erfahren, ist Folgendes. Schon vor längerer Zeit hatte man sich sowol von deutscher als von österreichischer Seite darüber ausgesprochen, daß ein Zollkrieg zwischen den beiden Reichen unter allen Umständen vermieden werden müsse. Als dann die Lage in Europa den Wunsch nach einem noch festern und innigeren Freundschaftsbunde als bisher von beiden Seiten aussprechen ließ, kam die Erkenntnis fogosogen von selbst, daß ein solcher Bund heutzutage auch ein Zusammengehen auf wirtschaftlichem Gebiet bedinge. Ein Hindernis dagegen ist nicht vorhanden, insfern Österreich und Deutschland auch auf wirtschaftlichem Gebiet parallele Interessen bestehen und sich gegenseitig ergänzen. Gleichwohl war die erste sachliche Anregung und noch mehr die Formulirung einer noch so allgemeinen Grundlage, auf welcher das wirtschaftliche Zusammengehen vereinbart werden sollte, keine leichte Aufgabe. Eine Unzahl von Schwierigkeiten, darunter auch solche, die blos formaler Natur sind, die blos auf Empfindlichkeiten oder auf Vorurtheilen, dann solche, die auf politischen Erwägungen und gewissen politischen Bedenken beruhen, war schon bei der ersten Formulirung der Grundlage zu beobachten. Dies scheint nun geschehen zu sein. Man hat derzeit keinen deutsch-österreichischen „Zollverein“ vor Augen. Um deutlichsten wird man den bestehenden Plan vielleicht mit folgenden Worten bezeichnen können. Deutschland und Österreich-Ungarn gewähren sich gegenseitig die weitestgehenden Verkehrserleichterungen in jeder Richtung, sie gestehen sich untereinander geringe Zölle zu, um sich gemeinsam gegen die industriell höher entwickelten dritten Staaten oder gegen solche dritte Staaten, welche durch ihr Wirtschaftssystem Deutschland und Österreich-Ungarn gleichmäßig schädigen, zu schützen. Also eine Art Freihandel im Innern, resp. zwischen den beiden verbündeten Reichen, und gemeinsame Schutzzollpolitik nach außen. Zu diesem großen Prinzip gesellt sich dann noch die wirtschaftliche Ausnutzung des neuerschlossenen Orients, oder mit andern Worten: auch im Orient die gemeinsame Abwehr einer großen übermächtigen Konkurrenz durch die beiden verbündeten Staaten. Dies ist beißig der Grundgedanke des besprochenen Plans, welcher natürlich die politische Verbindung nur noch mehr festigen, ja geradezu zu einer unzerreihsamen machen muß. Zur Erreichung des großen Ziels sollen die beiden Staaten schon in Kürze specielle Bevollmächtigte entsenden, welche die Tarife wie überhaupt alle einschlägigen Fragen zu untersuchen und zu ordnen haben werden. Dann erst finden die eigentlichen Verhandlungen statt, deren Ergebnis in einer Convention

oder in einem Vertrage zum Ausdruck käme, und ein solches Instrument würde den Parlamenten in Berlin, Wien und Budapest zur Guthebung vorgelegt werden. Zu bemerken wäre übrigens schon jetzt, daß den Verhandlungen zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland selbstverständlich das entsprechende Einvernehmen zwischen Österreich und Ungarn selbst vorausgehen muß, und vielleicht könnte man sagen, daß es mehr Mühe machen werde, Eis- und Transleithani unter Einen Hut zu bringen, als mit Deutschland ein Einvernehmen zu erzielen. Es ist übrigens wahrscheinlich, daß eben auf diese Frage die Conferenzen des Fürsten Bismarck mit Hrn. Koloman Tisza sich bezojen haben.“

Zu derselben Frage der handelspolitischen Einigung mit Österreich-Ungarn schreibt man der National-Zeitung anscheinend aus einer gutunterrichteten preußischen Quelle:

„Allem Aufsehen nach wird man sich über einen Zwischen- tarif verständigen und ist auch über die Grundzüge desselben bereits einig geworden. Die beiderseitigen Commissare, welche die bezüglichen Verhandlungen in Berlin führen sollen und im Laufe des nächsten Monats zusammengetreten werden, sind bereits ernannt. Ob und welche Ausdehnung die zu treffenden Vereinbarungen auf einige andere Österreich-Ungarn benachbarte Staaten (?) zu finden haben würden, darüber wäre nach unsern Mitteilungen bis jetzt noch gar nichts bestimmt; es scheint, daß man in dieser Beziehung über die ersten Andeutungen noch nicht hinausgekommen ist. Man soll diebsts zu jämlich weitgehenden Concessiones an Österreich bereit sein, selbstverständlich jedoch auf volle Gegenleistung rechnen.“

Der Magdeburgischen Zeitung wird vom Oberthein vom 26. Sept. gemeldet: „Heute Abend 7½ Uhr ist von Mex kommend der Generalfeldmarschall Graf Moltke mit einer stattlichen Anzahl von Generalstabsoffizieren in Kolmar eingetroffen, um von dort aus Übungstreisen in den Oberelsass und den Breisgau zu unternehmen. Wie man weiß, ist er kein großer Freund von Ovationen und deshalb werden die in Aussicht genommenen Begrüßungsfeierlichkeiten unterbleiben. Die diesjährige Generalstabkreise scheint einen wichtigen Zweck zu verfolgen; es sollen, wie es heißt, die Bedingungen näher erörtert werden, unter denen bei einer etwaigen französischen Invasion die Vertheidigung des Oberelsasses und des badischen Oberlandes stattzufinden hat. Auch dürfte der Chef des Generalstabes den in den letzten Jahren hergestellten festen Rheinbrücken bei Breisach, Müllheim und Hünigen seine Aufmerksamkeit zuwenden. Bereits kurz nach dem Kriege hatte Moltke die oberelsässische Grenze bereist, um darüber Entscheidung zu treffen, ob etwa zum Schutz derselben Festigungen anzulegen seien. Die Notwendigkeit solcher ist verneint worden; dagegen schien es geboten, den Oberelsass durch einen dreifachen Schienenstrang mit dem deutschen Hinterlande zu verbinden.“

Wie man der Magdeburgischen Zeitung mittheilt, hätten die Verhandlungen zwischen dem Reichskanzler und dem Runtius Jacobini zu dem Resultat geführt, daß die neuen Vorschläge der Curie einer eingehenden Prüfung unterzogen worden sind und mit den Bemerkungen der preußischen Regierung nunmehr dem Vatican zur Entscheidung vorliegen.

Das Gericht erhält sich, daß das Urteil des dritten Kriegsgerichts über den Grafen Monti ein freisprechendes ist.

Auf Grund des Reichsgesetzes vom 21. Oct. 1878 wurde verboten: die am 22. Sept. ausgegebene Nr. 22 der im Verlag von A. Neichenbach und im Druck von H. Zimmer u. Comp. in Breslau erscheinenden periodischen Druckschrift „Freie Deutsche Warte“ sowie das fernere Erscheinen dieser Druckschrift.

Preußen. Aus Berlin vom 28. Sept. schreibt man der Magdeburgischen Zeitung: „Wie es heißt, will Propst Dr. Brückner schon vom 1. Oct. ab von einem Theile seiner Amtsgeschäfte entlastet werden. Um liebsten wäre ihm wol, er hätte keinerlei Funktion als Generalsuperintendent wahrgenommen, zumal er zwei Sprengeln vorzieht, von denen jeder einzelne die volle Kraft eines rüstigen Mannes in Anspruch nimmt. Es muß bald bekannt werden, in welchem Sinne die Königliche Entscheidung ausfällt. Das Entlastungsgebot des Dr. Brückner erfährt die verschiedenartigsten Deutungen; jedenfalls erklärt es sich zum guten Theil aus den bitterbösen Anfeindungen, denen er in jüngster Zeit wegen der Werner'schen Sache ausgesetzt gewesen ist, die er aus der Welt schaffen wollte. Wenn nun seine redlich gemeinten Bemühungen durchkreuzt werden und wenn seine Autorität als Generalsuperintendent nichts bedeuten soll, so wird endlich selbst ein so unverdrossener Mann wie Brückner müde, und er kommt auf den Gedanken, lieber sich möglichst zu beschränken, als intriguante Nachreden über sich ergehen zu lassen, die in Eingaben an den König sich den Anschein geben, als werde von berufener Seite die Sache der Kirche nicht mehr ausreichend gewahrt. Erst mußte Dr. Herrmann fallen und dann wurde Dr. Falk unmöglich gemacht; dieselben Leute haben es auch auf Dr. Brückner abgesehen, weil er ihnen viel zu sehr auf Herrmann-

Falk'schen Boden steht. Dr. Brückner glaubt, es komme alles darauf an, daß die evangelische Kirche prospere, und hierzu können rechtgläubige wie freisinnige Geistliche mithelfen; aber das eben wird ihm als grenzenlose Schwäche, als Faulheit, als Verath von Leuten angerechnet, die nur ihre Sache für die allein bedeckt anzusehen. Wie die Dinge liegen, ist sehr zu wünschen, der Einfluß Brückner's möge durch nichts geschmälert werden.“

Die National-Zeitung bringt einen Artikel: „Vor der Entscheidung“ (durch die Wahlen), der ziemlich düster gefärbt ist. „Eine Thatsache“, sagt sie, „steht fest. Der ganze Einfluß der Regierung wendet sich gegen die Liberalen; jede Partei, welche gegen die Liberalen steht, genießt die Unterstützung oder die wohlwollende Neutralität der Regierung. Auf der ganzen Linie der Regierungspresse donnert es einzlig gegen die liberale Partei. Die Niederlage der Liberalen soll der Sieg der Regierung werden. Was aber die Regierung aus einem solchen Siege zu machen gedenkt, das ist das Geheimnis der Regierung. Nur dunkle und verworrene Worte hören wir darüber aus ihren Organen. Der ganze Heerbann der Reaction ist im Aufmarsch und hat sich unter die Fahne der Regierung gestellt; die Organe der Regierung nehmen die Bundesgenossenschaft an und verwahren sich auch gleichzeitig gegen die Absicht der Reaction.“ Und weiterhin: „Bon den Höhen seiner europäischen Stellung, auf welche das Prestige der wiener Vorgänge erst jüngst gesunken, sieht auch der Reichskanzler die politischen Bestrebungen und Parteien und gar die Individuen seines Landes in sehr geminderten Dimensionen. Die liberale Partei kann gegen diese Betrachtung nicht ankämpfen; aber sie hat feste Überzeugungen und große Zielpunkte, festgewurzelte Traditionen, die ihr angehören, die sie mit ihrer ganzen Kraft zu schützen entschlossen ist. Vielleicht gelingt es ihr in dem eröffneten Wahlgange, diesen ihren Besitzstand zu erhalten. Unterliegt sie aber, dann wissen wir leider nur zu gut, daß Fürst Bismarck nicht der definitive Gewinner sein wird, sondern die entsetzten extremen Parteien. Den letzten Verlust rechnen wir für die Zukunft des Landes und für die, welche nach der Verstörung der Mittelpartei für diese Zukunft austrommen. Die Rolle für diese Verstörung ist ausgegeben, sie ist der einzige greifbare Inhalt der Wahlbewegung. Es fragt sich, wer will sich an dieser Verstörung beteiligen, wer will sie zu verhindern suchen.“

Über die mutmaßliche Stellung der national-liberalen Partei im neuen Abgeordnetenhaus bemerkt das Berliner Tageblatt:

Miquel steht in seinen Anschauungen Hrn. v. Bennigsen so nahe, daß er nach dessen Rückzug höchst wahrscheinlich die Aufgabe übernehmen wird, nach rechts hin aufs neue Führung zu suchen und, wenn ihm die Regierung hier entgegenkommt, wieder Hand in Hand mit ihr zu gehen. Hiermit mag vielleicht der linke Flügel der Partei vorüberhand nicht einverstanden sein; man darf aber stillschweig befreuen, ob er Energie und Macht genug haben wird, sich dem Einfluß Miquel's und seines Anhangs zu entziehen. Denn Eins ist jetzt schon so gut wie gewiß: Dr. Lasker wird im Abgeordnetenhaus, wenigstens fürs erste, nicht wieder erscheinen. Daß er in Frankfurt a. M. nicht gewählt wird, steht fest, und da er sich hartnäckig weigert, sich in einem andern Wahlkreis wählen zu lassen, so liegt auf der Hand, daß er überhaupt kein Mandat annehmen will. Seine Candidatur in Frankfurt ist nur die Maske, hinter den er den Entschluß seines Rücktritts von der national-liberalen Führerschaft verbirgt. Nach dem Grunde dafür wird man kaum zu fragen brauchen. Es ist innerlich, wie Dr. Lasker in der letzten Reichstagssession erklärt, „er werde mit Vergnügen zurücktreten, wenn er hoffen könnte, damit dem allgemeinen Interesse einen Dienst zu leisten“, wie er ferner bei Berathung des Zolltarifgesetzes in den Stoffsäufzer ausbrach, „er bereue vom Herzen, jemals nach rechts hin irgendeine Concession gemacht zu haben“. Andere Vorommunisten im Reichstage haben sicherlich nicht dazu beitragen können, Lasker's Missstimmung über die augenblickliche Lage zu zerstreuen, und so erklärt sich's denn hinlänglich, daß auch dieser national-liberalen Führer sich nach so mancher schweren Enttäuschung unruhig zurückzieht. Unter allen Umständen darf man der Zukunft der national-liberalen Partei mit berechtigter Spannung entgegensehen.“

Über das Verhältnis der national-liberalen Partei zum Fortschritt und umgekehrt bei den Wahlen äußert sich die Volks-Zeitung folgendermassen:

Die Verzerrung der national-liberalen Partei spiegelt sich auch in der Wahlkampagne ab. Der linke Flügel geht überall mit der Fortschrittspartei zusammen, ja, was seit Begründung der national-liberalen Partei vor kaum vorgetreten ist: sie hat an einigen Orten der Fortschrittspartei freiwillig einen Sitzen eingeräumt, so in Magdeburg und Danzig. Der rechte Flügel verbündet sich mit den Konservativen oder geht auf eigene Hand vor. Nur in Posen und Frankfurt ist die Fortschrittspartei in den Kampf gegen den linken Flügel der National-liberalen eingetreten, in Posen geht sie selbständig vor, in Frankfurt hat sie ein Compromiß mit den Demokraten abgeschlossen, welches vermutlich Dr. Lasker zum Opfer fallen wird. Da Dr. Lasker in seinem andern Kreise kandidiert, so scheint es fast, als ob auch er, des Kampfes müde, die Kinte ins Korn werfen will.

Der Kölnischen Zeitung schreibt man aus Berlin vom 28. Sept., abweichend von obigen Neuherungen der Volks-Zeitung: „Statt von fortschreitender Spaltung und Bersplitterung der liberalen Partei im

Landen berichten die weitesten Nachrichten aus den Provinzen im Gegenthalse von einem Zurüdtreten seßherer Unterschiede.“

— Die National-Liberale Correspondenz erörtert die Frage, was mit den „staatstreuen“ Katholiken (Geistlichen, Lehrern, Beamten) werden dürfte, wenn der Staat mit der römischen Kirche Frieden schließe. Schon jetzt, meint sie, schienen solche dem Verlangen der Ultramontanen geopfert zu sein: dem Schulrat Lauer in Köln seien seine bisherigen Functionen genommen, der Kreisschulinspector Schröter in Thorn seit 14 Tagen unfreiwillig beurlaubt. Ihr Gehalt werde man ihnen wahrscheinlich belassen, fügt einen ehrliebenden Beamten sei das aber keine hinreichende Entschädigung. Die National-Liberale Correspondenz citirt hier eine Stelle aus der Wochenschrift «Im neuen Reich», wo es heißt:

Soll dem heutigen Staate zugemuthet werden, daß er auch nur indirect dazu mitwirke, die Säzung der Chelosigkeit der Geistlichen anstrebt zu erhalten, die gar nichts mit dem Gewissen, sondern nur mit dem gleichgültig über menschliches Gefühl und Sitte hinausbreitenden Herrschaftsbedürfnis des Papstthums zu thun hat?

„Die beiden charakteristischen Vorgänge in Köln und Thorn“, fährt die National-Liberale Correspondenz fort, „haben Hunderte von katholischen Lehrern, Beamten, Geistlichen, welche während der Zeit des Kulturkampfes trotz aller Anfeindungen treu zur Sache des Staates gestanden haben, mit schwerer Sorge erfüllt. Sie fürchten nicht ganz ohne Grund, daß der Lohn für ihre Treue ein bitterer sein wird, wie der Lohn des Staatsministers Dr. Hatz, dem die Offiziesen jetzt zum Dank für seine unermüdliche Vertheidigung der Rechte des Staates mit persönlichen Angriffen drohen! In der Politik werden ja immer Opfer gefordert, wenn man Großes erreichen will. Aber es muß dafür eine Grenze geben. In den letzten Jahren hat man so viele Kräfte geopfert, welche dem Staate bisher ausgezeichnete Dienste geleistet haben, daß sich die Besorgniß nicht unterdrücken läßt, es möchten schließlich sich nicht genug andere geeignete Kräfte finden, die den Wuth haben, sich zu weiteren Opfern gebrauchen zu lassen. Die neuen Freunde, die man unter den bisherigen schroffsten Gegnern der Regierung wünscht, könnten sich doch bald als eine fragliche Stütze erweisen, und man dürfte dann derjenigen, welche man ihnen geopfert hat, sehr bald wieder edürfen.“

— Die Welfenpartei Hannovers ist, zufolge der National-Liberalen Correspondenz, die dafür verschiedene Thatsachen als Symptome anführt, ihrer Auflösung nahe.

— Die Magdeburgische Zeitung berichtet: „Der Abg. Kreisgerichtsrath Kloß, welcher neulich in einer bes. Wählerversammlung sprach, theilte nachträglich mehreren Wählern mit, daß er mit dem Minister Dr. Falk am Tage seines Rücktrittes eine Unterredung gehabt habe. Der Minister äußerte dabei unter anderm mit bewegter Stimme: «Ich konnte nicht länger bleiben, ich mußte endlich gehen.» Damit hat offenbar der Minister andeuten wollen, daß er sein System nicht länger aufrecht zu erhalten vermochte und daß es einem solchen Platz machen mußte, wie es der neue Cultusminister Dr. v. Puttkamer speciell in der Unterrichtsfrage der Deputation des Centralvorstandes des Preußischen Landeslehrvereins kürzlich mit aller nur menschenwerten Offenheit verseh.“

— Die Kölner Zeitung setzt eine Belohnung von 1000 M. für denjenigen aus, welcher über die Person eines nichtwürdigen Verleumunders, der das Blatt durch eine anonyme Postkarte beschuldigt hatte, ihren wirtschaftlichen Ansichten durch eine Summe von 2 Cobden-Clubs (76000 Pfd. St.) beeinflusst worden zu sein, solche Ausschüsse gibt, daß die gerichtliche Verstrafung erfolgt.

Thüringische Staaten. J. Aus Thüringen,
29. Sept. In Coburg findet am 12. Oct. ein
Parteitag der Deutschen Volkspartei statt, welcher
der Besprechung der politischen Lage und der Stellung
der Partei zu derselben gewidmet sein soll. — Der
berliner Hofprediger Stöder hat auch Thüringen
und speciell Gotha aufgezählt und dort am 26. Sept.
einen Vortrag über die berliner Stadtmision gehalten,
in welchem die Unfehllichkeit und Sittenverderbnis in
Berlin in grellen Farben geschildert wurden. Ob Dr.
Stöder auch wieder gegen die Juden zu Felde gezogen,
haben wir nicht gehört. — Heute und morgen herrscht
auch in Thüringen an allen Gerichtsstellen eine
fieberhafte Thätigkeit. Die Kreisgerichte und Justiz-
ämter, welche zu bestehen aufhören, haben die letzten
Geschäfte zu erledigen und die Beamten haben sich
auch für die neue Justizära einzurichten. In Thü-
ringen haben wir statt der 17 Kreisgerichte künftig
7 Landgerichte, nämlich in Weimar, Gotha, Eisenach,
Greiz, Meiningen, Rudolstadt und Gera; die drei
letztgenannten sind gemeinschaftliche mehrere Staaten

Daffernach - Unknown

Die Ernennung des Frhnen. v. Haymerle zum Minister des Aussern wird wie die Buden-

pester Correspondenz mittheilt, mit dem Tage seiner Rückkehr aus Italien erfolgen, der man am 3. Oct. entgegensticht. Zum Sectionenschef (nicht, wie von mehreren Seiten gemeldet wurde, zum Unterstaatssekretär) im Ministerium des Neuherrn soll Hr. v. Kallay ernannt werden.

— Aus Wien vom 27. Sept. schreibt man der Neuen Preußischen Zeitung: „Von der angeblich bevorstehenden Ankunft des Fürsten Gortschakow in Berlin hatte man hier schon gestern gerüchtweise Kenntniß und legte diesem Gesichte eine eminent friedliche Deutung bei.“

— Hirsch's Telegraphisches Bureau enthält folgendes Telegramm aus Wien vom 27. Sept.: „Graf Andrassy hat, wie verlautet, die Erhebung in den erblichen Fürstenstand mit Rücksicht auf persönliche Verhältnisse abgelehnt, doch soll ihm, gleichzeitig mit der amtlichen Publication seines Rücktritts, eine ganz besondere Auszeichnung durch den Kaiser Franz Joseph bevorstehen.“

— Die Neue Freie Presse schreibt: „Mit Händen und Füßen protestierte bisher die offizielle Presse gegen

„... und Hugen protestierte bisher die officielle Presse gegen die Behauptung, daß Graf Taaffe die Wahlen beeinflußt habe, daß durch seine Einwirkung die Rechte zur Majorität gelangt sei, und siehe da, heute wird von officieller Seite zugegeben, es sei von Haus aus im Plane des Grafen Taaffe gelegen gewesen, die Linke und die Rechte numerisch möglichst gleichmäßig vertreten zu lassen, um mit Gültigkeit jener Partei, welche der Regierung unbedingt zu Gebote steht, seine Partei als die unbedingt herrschende erscheinen zu lassen.“ „Auf der Rechten sei man aber“, fährt das Blatt fort, „nicht geneigt, sich in derartige kleine Scherze mit der Mittelpartei einzulassen; das beweise der Artikel der «Politik», welcher den Grafen Taaffe warnt, sich der Illusion hinzugeben, als ob er mit einer Fraktion von 30 oder 40 Abgeordneten unabhängig von einer der großen parlamentarischen Parteien lange regieren könnte.“ „Die coalirten Fractionen der Rechten“, sagt die Neue Freie Presse, „wollen herrschen, wollen dem Ministerium ihren Stempel aufdrücken.“

— Das prager Hauptorgan der czechischen Partei, die «Politik», äuñert sich sehr ungehalten über die Anwesenheit des deutschen Reichskanzlers in Wien:

Erste Tage brechen heraus, und wer weiß, was der
vorige Tag uns beschert wird. „Timoo Danaos et dona
reutes“ — auch der um unsere Freundschaft werbende
Bismarck ist ein verdächtiger Genosse, und der eignethum-
lich begeisterter Wiener, welcher in Schönbrunn rief: „Hoch
Bismarck, wenn er es ehrlich mit uns meint!“ hat den Be-
richtungen der öffentlichen Meinung ganz unwillkürlich in
leffendster Weise Ausdruck gegeben. Die wirtschaftlichen
Kände, mit welchen uns Deutschland wie mit eisernen
Fesseln umspannen will, haben auch ihr Bedenkliches. Das
Abdrosseln ist nicht angenehm, auch wenn es mit der
könnsten seidenen Schnur erfolgt. Wir haben gesehen, was
es den Zoll- und Militärverträgen geworden ist, die
Preußen den deutschen Kleinstaaten auferlegt hat und, wie
in der Fabel heißt, wir bemerken die Spuren vieler, die
die Höhle des Löwen hineingegangen, nicht aber die
Spuren jener, welche mit heiler Haut davongekommen sind.
Was hat Napoleon von den Abmachungen gehabt, die er
Biarritz mit Bismarck getroffen? Auf Wilhelmshöhe,
wurde er sich zu Tode gegrämt, konnte er qualvolle Rente über
Unvorsichtigkeit empfließen, daß er sich von Bismarck
angarnen ließ. Unsere Staatsmänner sollten sich mit hun-
grischer Vorsicht panzern, denn die Versuchung ist groß
und der Versucher der überlegenste und rücksichtloseste
Staatsmann, den das Jahrhundert gereizt hat.

Italien.

Aus Rom vom 23. Sept. wird der Neuen Preußen Zeitung geschrieben: „Die Reise des Fürsten Bismarck gibt natürlich Anlaß zu langen Kommentaren in der italienischen Presse. Ein Theil der Zeugen erblickt in dieser Reise ein wichtiges Ereignis, anderer sagt, daß dieselbe wohl von politischer Bedeutung sei, jedoch sollte man sie auch nicht überschätzen. So in der Unterredung zwischen dem Fürsten Bismarck und dem Grafen Andrassy auch möchte ein Wort über Italien gesprochen worden sein, beunruhigt namentlich die Libertà. Sie sagt: Eine deutsch-österreichische Allianz gegen eine russisch-französische sei eine unlängst erbrachte Thatfache. (?) Die heutige Politik gleiche der Politik von 1849/50. Es scheine, daß die Italiener auf die Vergangenheit zurückkommen wollten. Bei möchte die Libertà dem deutschen Reichskanzler Rath erscheinen, eher einen Schritt zurück- als einen Schritt vorwärtszugehen. Das Popolo romano stellt Fürsten Bismarck eine russisch-französisch-italienische Genallianz in Aussicht.“ Redaktionell folgt die Neue österreichische Zeitung hinzu: „Merkwürdigerweise verräth italienische Presse bei neuen politischen Wendungen leicht die Angst des bösen Gewissens und versäßt dabei in Drohungen, um die Schutzbedürftigkeit ihrer Freiheit zu bemüht zu.“

Σταυτήσεις.

* Paris, 28. Sept. Der militärische Berichterstatter der République française, welcher den Mainzern im Elsaß beigewohnt hat, schließt seine Ausführungen mit folgenden Worten:

Die deutschen Truppen, welche ich 14 Tage lang in und bei Straßburg, in Böbern, Obernai, Hochfelden, Brumath und Mœhr sowol in der Garnison als auf den Plazieren beobachtet habe, sind alles in allem sehr schön. Ohne Zweifel weichen sie in der Haltung und Präzision in der Bekleidung und im Charakter je nach ihrer Herkunft aus den verschiedenen Staaten des Deutschen Reichs.

aus den verschiedenen Staaten des Deutschen Reiches ein wenig voneinander ab; aber sie haben alle dieselbe Ausbildung, dieselbe Uniform. Nirgends waren, soweit ich bemerken konnte, die wirklichen Effective so hoch, wie man sie in den Instructionstabellen für die Rundschule des 15. Armeecorps angegeben hatte, doch befiehren sich ihre Bataillone im Durchschnitt auf 4—500 Mann und ihre Schwadronen auf 80—100 Reiter. Bekanntlich widmen die Führer trotz der großen Dienste, welche die Artillerie in dem Kriege gegen Frankreich geleistet hat, der Infanterie und Caballerie.

Ihre besondere Obsorge. Die deutsche Artillerie schien mir ganz offenbar hinter der unserigen zurückzustehen, aber die Cavalerie ist der unserigen noch wirklich überlegen, und wenn die Infanterie nicht die unsren Soldaten eigentümlichen individuellen Vorzüge besitzt, so erfreut sie sich doch einer Robustion, welche in gewissen Fällen schon für sich allein den Erfolg verbürgen kann. Dies ist in aller Unparteilichkeit mein Schlussurtheil. Was die Mandat selbst betrifft, so schienen sie mir, von der bedeutenden Initiative abgesehen, mehr als nur

abgerufen, welche den Offizieren ja in ihrem Wirkungskreise gelassen ist, nicht das pomphafte Lob zu verdienen, welches ich ihnen bisher ertheilen hörte. Namentlich gab es in den Planen zahlreiche und höchst auffallende Unwahrscheinlichkeiten. Alles in allem will mich bedenken, daß die französische Armee — mit einigen Verhöllungen in unserer Organisation, unserer Ausbildung und namentlich unserer militärischen Erziehung — in taktischer Hinsicht den Vergleich mit der deutschen bald nicht mehr zu scheuen haben wird.

Das Journal des Debats schreibt: „Man spricht von einer Zusammenkunft des Fürsten Gortschakow mit dem Fürsten Bismarck in Berlin und behauptet, dies geschehe in Gemässheit eines vom Kaiser Alexander geäußerten Wunsches. Die Unterredung der beiden Kanzler wäre also eine natürliche Consequenz der Begegnung der beiden Kaiser in Alexandrowo. Sie wäre ein Beweis, daß Russland fest entschlossen

ist, den Drei-Kaiser-Bund nicht aufzulösen, und daß es in den jüngsten diplomatischen Vorgängen keine Drohung für sich selber sehen will. Die Begegnung des Fürsten Gortschakow mit dem Fürsten Bismarck in Berlin wäre also eine beruhigende Manifestation, welche Europa nur mit Vergnügen ansehen könnte. Wir gehören zu denen, die der Meinung sind, die Reise Bismarck's nach Wien und die Commentare, welche von den Zeitungen hieran geknüpft worden sind, haben wol die Empfindlichkeit Russlands reizt, dessen Interessen jedoch nicht beschädigen können. Nichts besticht zu dem Glauben, daß die zwischen Bismarck und Andrassy ausgearbeiteten Pläne etwas anderes im Schilde führen als die strenge Vollziehung des Berliner Vertrags, und Russland hat stets seinen festen Voratz geäußert, alle Klauseln dieses Vertrags, soweit sie es besonders angehen, sorgfältig zu beobachten. Der nicht zu bestreitende Eindruck, den die Gemüther in Petersburg und Moskau empfunden haben, war in wenig übertrieben. Bei den Russen ist die Einbildungskraft lebhafter als das Raisonniren; nachher kommt das Raisonniren und stillt das rasche Aufbrausen. Dem Baron ziemte es, bei seiner Regierung den Rathschlägen der Weisheit die Oberhand verschaffen. Da er über die persönlichen Rivalitäten erhaben ist, erblickt er blos die ständigen Interessen des Staates. Wir wären folglich nicht erstaunt, wenn wir erführen, daß die Meldung richtig ist und daß Kaiser Alexander den Wunsch geäußert, führt

Der Graf Chambord hat seit vielen Jahren einen Leibarzt, mit dem er auf dem vertrautesten Fuße steht. Ein royalistischer Schriftsteller, der eine Zeit lang in der Diplomatie des Kaiserreiches gedient hat, Graf Henry d'Orbeville, hat von diesem Arzt einige Mittheilungen über seinen vertraulichen Verkehr mit dem Prätendenten erhalten und dieselben schon vor längerer Zeit in einer kleinen nur unter seine Freunde geheilten Broschüre niedergelegt. Es sind Aufzeichnungen, welche unter dem Mac-Mahonat für die mögliche Sache und insbesondere für die Fusion der beiden Linien des Hauses Bourbon Propaganda machen sollten, infolge der entgegengesetzten Wendung aber, die Ereignisse nahmen, bissher nicht in die Öffentlichkeit gelangten. Da die Legitimisten nun eben wieder in sich reden machen, wurde ein Exemplar der Broschüre des Hrn. v. Orbeville, wahrscheinlich wol von dem Verfasser selbst, dem Figaro zugestellt, und dieser nimmt ihm ein paar Anekdoten, die ein gewisses historisches Interesse bieten. Da erzählt z. B. der Graf Chambord seinem Arzte den Vergang bei dem ihm letzten Besuch, welchen ihm der Graf von Paris am 5. Aug. 1873 abgestattet hat, um die Unterwerfung der Familie Orleans unter die Autorität des Enfels

Es war das ergreifendste Ereigniß meines Lebens, und ich auf dem Perron meiner Behausung das Oberhaupt Familie Orleans empfing, wären Sie, lieber Doctor, in Sie mir dabei ans Herz gefühlt hätten, über die Zahl Schläge erschrocken gewesen. Ich unterbrach den Grafen Paris mitten in dem Satz, den er verabredetemassen sprechen hatte, und als er nun in seiner Loyalität darauf anb, den Satz zu vollenden, da war mein erstes Ge-

14 Tage lang lag Hochfelden, Brüssel auf den Rücken und Präsident, in ihrer Verlukung dem Meister ein. Diese beiden waren, soviel ich weiß, wie man über des 15. April ihre Bataillone re Schwabionen die Hölzer trog in dem Kriege sie und Cavalerie hier sie mit stehen, aber die überlegen, und waren eigentlich nur sie sich dafür schon für sie ist in alter Manöver selbst endigen Initiative Wirkungskreise dienen, welches gab es in den wahrscheinlich, daß die französischen in unserer enttäuscht unterer den Vergleich haben wird.

„Man spricht Fortschakon Berlin und besuchte vom Kaiser Unterredung der französischen Consequenz Alexandrowo. Erst entschlossen seien, und daß Vorgängen keine Begegnung Bismarck Manifestation, schehen könnte. Commentare, worden sind, reizten, dessen Bismarck anderem im Vertrag des Vertrags, seinen festen Befehls, so zu beobachten. Sie Gemüther haben, war ist die Einheit; nachher das rasche seiner Reise Oberhauptchen Rivalitäten Internekt erstaunt, schriftig ist und berichtet, Fürst.“

„In den Jahren letzten Jahre eine Zeit gedient hat, Arzt einige Verkehr mit schon vor eine Freunde und Aufzeichnungen für die Differenz eben wieder. Fassung der Broth, wohin von und dieser in gewisses z. B. bei dem von Paris Unterwerfung des Enfels Lebens, und Oberhaupt der Doctor, die Zahl den Grafen determinatilität darauf erstes Ge- aite, diesen

Tag zu erleben. Ich zog ihn in meine Arme und hielt ihn lange an mein Herz geschlossen. Die Thränen, welche wir beide in diesem feierlichen Augenblick vergossen, waren süß und könnten für manches Leid entschädigen. Meine Seele floss von Freude über wie die eines Vaters, der seine Kinder wieder sieht; ich wurde nicht müde, die beiden, ihn und den Herzog von Chartres, anzusehen und zu bewundern; ich war stolz auf sie, als ob es meine eigenen Söhne wären. Unser Gespräch wurde auf der Stelle so ungewöhnlich, aufgereggt und zusammenhanglos wie das von intimen Freunden, die sich seit langer Zeit nicht gesehen und einander alles Mögliche mitzuteilen haben. Welche Gemüthsart und herzliche Heiterkeit! Ich denke noch an die Späße, welche meine Gemahlin und der Prinz von Joinville wegen ihres beiderseitigen Gebrechens (Schwachbeigkeit) machen. Welche Entwickelung, welche Aufschlüsse haben wir nicht an jenem Abend gebaut!

Von dem Herzog von Numale sagte der Graf Chambord:

Man hat oft daraus hingewiesen, daß er allein sich nicht bei mir eingestellt hätte. Das hat für mich durchaus keine Bedeutung. Der Graf von Paris war auf Grund eines Familienerbes zu mir gekommen als Oberhaupt der Familie im Namen aller ohne Ausnahme. Ich hege für den Herzog von Numale große Achtung. Man hat mir gesagt, daß wir in mehr als einem Punkt voneinander abweichen; ich achtet seine Unabhängigkeit, wie er meine Ideen achtet. Und dann, Gott allein entscheidet. Wer weiß, ob der Herzog von Numale nicht noch einmal der ganzen Familie ähnlich sein wird?

Wobei der biedere Roy offenbar an einen von dem General der Republik, Herzog von Numale, auszuführenden Staatsstreich dachte. Eine andere Probe seiner Illusionen ist diese. Im Herbst 1875 war der Graf Chambord einmal durch Unwohlsein an das Zimmer gefesselt. Schweigend und mißgestimmt saß er mit seinem Arzt allein und starrte in das Kaminsfeuer. Endlich sagte er:

„Wissen Sie, Doctor, woran ich jetzt denke? Ich sage mir, wie ich doch in der Welt so allein stehe und wie frodig und vereinsamt meine Häuslichkeit ist. Madame und ich, wir fangen an, die Lust der Jahre zu fühlen und schwerlicher als je empfinden wir die Debe unseres kinderlosen Hauses. Da sah ich mich nun eben in Gedanken durch eine plötzliche Wendung der Ereignisse auf den Thron Frankreichs erhoben. Das erste, was ich dann thun würde, loge ich mir, wäre, daß ich zum Grafen von Paris ginge und mir von ihm einen einzigen Liebesbrief ausbaue, daß er nämlich mit mir unter einem Dache wohnte. Er sollte stets in meiner Nähe sein, mit mir an Einer Tafel speisen und so hätte ich zum ersten mal die intimen Freuden des Familiens Lebens genossen. Er wäre nicht bloss mein Erbe gewesen, sondern ich hätte mit ihm auch einen Sohn, eine Tochter und liebe Enkelinder gehabt. Was hätten wir in diesem, von keinem fremden Einflusse geprägten Verfahre nicht alles für Frankreich leisten können! Ach, warum ist das nur ein schöner Traum?“

Großbritannien.

† London, 28. Sept. In einem „Das Geschäft des Fürsten Bismarck in Wien“ überschriebenen Artikel bemerkt die Pall-Mall Gazette, daß allseitig der Glaube vorherrsche, daßselbe habe darin bestanden, Arrangements für die Sicherheit des europäischen Friedens zu treffen. Die Pall-Mall Gazette ist geneigt, dem Gericht Glauben zu schenken, möchte aber gern wissen, durch welche Mittel dies geschehen soll, wenn man unterdrückt den Ereignissen ihren Lauf lasse. Die gefürchtete Allianz Russlands und Frankreichs, um die es sich ja handle, versierte nichts beim Buppen; im Gegenteil. Was aber habe Deutschland, was Österreich von dieser neuen Periode gesicherten Friedens zu erwarten? An eine Vermehrung der deutschen Wehrkräfte im Verhältnis zu Frankreich sei nicht zu denken, schon das bestehende drohe Deutschland zu erdrücken. Auch werde Deutschlands großer Staatsmann, großer Militär und großer Kaiser nicht ewig leben. Was aber werde ein Vertrag mit Österreich in einigen Jahren für eine Bedeutung haben, wenn kein Bismarck mehr da sei, Frankreich sich noch mehr verstärkt und die ganze Lage Europas sich verschoben haben werde? Fragen wie die vorausgeschilderten ließen es bezweifeln, daß Bismarck die Absicht habe, die zukünftige Sicherheit seines Landes auf eine Allianz mit Österreich zu begründen. Es sei nicht mehr als verständig, anzunehmen, daß etwas mehr als ein allgemeines Schutz- und Trutzbündnis abgeschlossen worden sei; aus diesem Grunde erscheine das Gericht von dem Vorschlage einer allgemeinen Entwaffnung glaubwürdig. Es sei dies ein Ausweg, um auf feindlichem oder friedlichem Wege zur selbstgewählten Zeit das Problem zu lösen, welches des Fürsten Aufmerksamkeit beschäftigte.

Wenn die politischen Fühlhöher der Times nicht plötzlich gänzlich abgestumpft worden sind, so hat es mit dem jüngst verklündigten guten Einvernehmen Waddington's mit Lord Salisbury bezüglich der ägyptischen Angelegenheiten einen so scharfen Aton, daß der eine oder der andere der beiden Staatsmänner, wenn nicht alle beide, darüber gar leicht zu Schaden kommen dürfte. Lord Salisbury, schreibt das Cityblatt, soll eine befriedigende Unterredung mit Hrn. Waddington über die Angelegenheit gehabt haben; man versichert uns, daß dieselbe gar bald aufzuhören werde die europäische Diplomatie zu beschäftigen. Solche Erklärungen sind überaus tödlich für Leute, welche in die Unterredungen zweier wohlzogenen Gentlemen großes Vertrauen setzen; die Erfahrung spricht leider

nicht dafür. Mit derlei Besprechungen werden nationale und internationale Uorordnungen schlechterdings nicht geordnet. Ägypten liegt weder in Downing Street noch am Quai d'Orsay. Was bedeutet dieser Meinungs austausch? Eine weitere Einmischung oder hinrende Anerkennung der Politik der Enthaltung? Wir möchten jedoch noch mehr fragen. Vor kurzem galten England und Frankreich noch als die einzigen Staaten, welche direkt an der Verwaltung Ägyptens interessiert seien; das ist nicht länger der Fall. Dant unserer Einmischung macht die Türkei heute die gleichen Rechte geltend; aus gleichen Gründen machen Deutschland und die übrigen Mächte ihre Rechte geltend. Lord Salisbury und Hr. Waddington sollen der letztern bei ihrer Zusammenkunft gar nicht erwähnt haben und mit vollständigem Rechte, denn bei derlei Besprechungen ins Blaue hinein läßt man sich gewöhnlich durch praktische Erwägungen nicht gern föhren. Allein dieses naive Eingeständniß dürfte kaum dazu beitragen, dem erwähnten Austausch französisch-englischer Ansichten über die ägyptischen Angelegenheiten großes Gewicht zu verleihen.

Die Parlamentsmitglieder Richards und Blandford wohnten gestern einen Meeting im Warrington an, welches die Gründung eines Zweigvereins der Gesellschaft zur Einführung internationaler Schiedsgerichte zum Zwecke hatte. Beide Herren sprechen sich dahin aus, daß die augenblickliche bewaffnete Stellung Europas eine unerträgliche Last für die Industrien, eine feste Störung der Civilisation und eine Schande für das Christentum und die Regierungskunst unserer Zeit sei; die Rüstungen seien nur dazu angehängt, die Feindseligkeiten herbeizuführen und Veranlassungen zu jenen Kämpfen zu bieten, deren Vermeidung die Regierungen sich angeblich so sehr am Herzen liegen lassen. Die Versammlung beschloß die Gründung des Zweigvereins.

Rußland.

Die russischen Blätter beschäftigen sich natürlich sehr angelegentlich mit dem Besuch des Fürsten Bismarck in Wien. Die russische Sanct-Petersburger Zeitung sieht den deutschen Reichskanzler bereits an der Spitze eines Bundes römisch-katholischer Staaten, einschließlich des Papstes, gegen Russland. Die Neue Zeit dagegen läßt sich telegraphiren, Fürst Bismarck habe in Wien einfach Fiasco gemacht, er sei enttäuscht fortgefahren, weil er keine Neigung zum Abschluß eines Bündnisses mit Deutschland gefunden. Der Golos sagt:

Fürst Bismarck kennt die Schwäche Österreichs besser, als irgendein anderer Staatsmann und deshalb ist der Golos sicher, daß Österreich dem deutschen Kaiser nur Mittel zu einem Zweck ist, der mit der Größe der habenden Monarchie nichts zu thun hat. Säte das Petersburger Cabinet sich vom Berliner unbedingt ins Schleppen lassen, so wäre es sicherlich zu der wiener Zusammenkunft gar nicht gekommen. Fürst Bismarck hat auch jetzt offenbar noch nicht die Hoffnung, sein Ziel zu erreichen, ganz und gar verloren.

Die Molwa endlich findet den Zeitungskampf, der sich über den Pan-Slawismus gelegentlich der wiener Reise des Fürsten Bismarck erhoben hat, sehr lehrreich. Dieselbe habe die Slawophilen und Pan-Slawisten auf die Beine gebracht, die nun die vorausgesetzte österreichisch-deutsche Allianz emsig mit Brandpfeilen beschließen. Bei dieser Gelegenheit erfahre man, was die Pan-Slawisten eigentlich wollen. Es ergebe sich, daß die einen um des Pan-Slawismus willen ganz Russland in Stücke reißen und das Weltall mit russischem Blute besprühen wollen, während die andern im Pan-Slawismus nichts sehen als die unpraktischen Träume rens des verstorbenen Bogodin, die mit ihm ins Grab gesiegen sind. Die erste Kategorie schart sich um die kriegerische Fahne der russischen Sanct-Petersburger Zeitung, deren Erklärungen sehr kategorisch lauten: „Der Pan-Slawismus ist die politische Einigung aller Slaven, der russischen, deutschen, österreichischen, preußischen, der Polan-Slawen.“ Die Moskauische Zeitung ist etwas vernünftiger. Sie zählt z. B. Pommern nicht dem Slawenthum zu, wenn sie sonst auch russisches Blut und Geld zur Befreiung aller slawischen Seitenköpfchen nicht geschenkt wissen will. „Die Befreiungsmission“ meint die Molwa, „ist eine sehr sympathische Beschäftigung; aber was hat sie uns eingebracht? Griechenland inclinirt zum Westen, Rumänien ist uns fast feindlich gesinnt, Serbien ist drauf und dran, seine Politik mit der Österreichs zu verschmelzen.“

— Aus Berlin vom 28. Sept. wird der Magdeburgischen Zeitung geschrieben: „In den Kreisen der russischen Regierung herrscht eine sehr lebhafte Bewegung. Das Wiedererscheinen des russischen Gesandten in Athen in bisheriger Stadt, welche er vor kaum zehn Tagen auf der Reise nach Petersburg berührte, hat zweifellos eine politische Bedeutung. Der Gesandte war kaum in Berlin angelkommen, als er sich auch noch der russischen Botschaft begab, um dort längere Zeit wiederholte mit dem Botschafter zu konferieren. Ferner wird der russische Domänenminister Walujew demnächst in Berlin erwartet, ein Mann, der bekanntlich einen sehr gewichtigen Einfluss am

russischen Hofe besitzt. Es läßt sich denken, daß man hier diesen Vorgängen mit Aufmerksamkeit folgt.“

Königreich Sachsen.

* Leipzig, 30. Sept. Bekanntlich stehen im 22. und 24. Landtagswahlbezirk (Lengenfeld ic. und Auerbach ic.) Neuwahlen bevor. Mit Vergnügen hören wir, daß für den erstgenannten Wahlkreis Fabrikant Dietel-Wilsau als Kandidat in Vorschlag ist. Hrn. Dietel's Name, bei Reichs- und Landtagswahlen schon mehrfach genannt, hat in liberalen und nationalen Kreisen einen guten Klang. Was die Wahl im Kreise Auerbach - Markneukirchen ic. betrifft, so haben wir bereits unsere Bewunderung darüber ausgesprochen, daß man in diesem ebenfalls überwiegend national-liberal gesinnten Kreise einen fortschrittlichen Kandidaten, Director Grahl-Döhlen, ausspielen will. Es ist nicht die Persönlichkeit des Vorgeeschlagenen, woran wir Anstoß nehmen (Hr. Grahl gehört zu den weniger einseitig fortschrittlichen Abgeordneten), wohl aber der Umstand, daß unsere Partei dem Fortschritt aus der Wahlniederlage, die er im Lande erlitten, so weit möglich herausheben soll. Dazu seien wir keinen Grund. Und wenn, wie das Leipziger Tageblatt wissen will, diese Kandidatur nicht einmal aus dem Kreise selbst hervorgegangen, sondern von Dresden aus (von wohlbelauert Seite) angestiftet ist, so wird uns dieselbe dadurch nicht sympathischer.

— Aus Dresden schreiben die Dresdner Nachrichten: Gestern sah auf dem Altmarkt die Probeaufstellung des Siegesdenkmals statt, d. h. nicht eigentlich des Siegesdenkmals, sondern eines Gerüsts, welches die Dimensionen der heimischen Germania mit summt dem Postament hat und den Effect veranschaulichen sollte. Die Urtheile im Publikum waren sehr verschieden; ein großer Theil äußerte sich dahin, daß das Siegesdenkmal nicht auf dem für den Geschäftsviertel zu erhaltenen Altmarkt gehöre, sondern auf einen mit Analogien versehenen Platz, als Bürgerwiese, Bismarckplatz ic.

— Wir erhalten folgende Mittheilung zum Abdruck: Am 4., 5. und 6. Oct. findet in Dresden der erste Schriftstellerstag des Allgemeinen Deutschen Schriftstellerverbands statt. Die Belehrung wird eine sehr große werden. Hauptgegenstände der Tagessordnung sind: Die Gründung eines literarischen Schiedsgerichts, die Errichtung eines Syndikats, durch welches die Verbandsmitglieder unentbehrlichen Rechtsbeistand erhalten sollen, endlich mehrere Finanzfragen des erst ein Jahr alten, aber bereits sehr starken Verbandes, der die zahlreichsten deutschen Schriftsteller zu seinen Mitgliedern zählt. Das dresdner Festkomite bietet alles auf, um die drei Tage zu wahrhaft feierlichen zu gestalten. Die Spiken der königlichen und städtischen Behörden werden an dem Festbankett teilnehmen, das am 5. Oct. auf dem Belvedere stattfindet. An den Abenden werden für die Schriftsteller zu allen Theatern Billets gratis zur Verfügung gestellt. Für den 6. Oct. ist ein Auszug nach Meißen auf einem eigens dazu gemieteten Dampfer projektiert, auf welchem die Schriftsteller die Gäste der Dresdner sind. Wir bemerken noch, daß den Damen die Belehrung an allen Festlichkeiten gestattet und daß überhaupt jeder Schriftsteller willkommen ist, auch wenn er nicht Mitglied des Allgemeinen Deutschen Schriftstellerverbands sein sollte.

— Die Dresdner Nachrichten melden aus Dresden: „Mit heute scheidet der bisherige verdienstvolle Landesthierarzt Geb. Medicinalrat Professor Dr. Haubner aus dem Staatsdienst; als Landesthierarzt fungirt daher von morgen ab der Professor an der hiesigen Thierarzneischule Dr. Siedamgroszy.“

Δ Plauen i. V., 29. Sept. Zu der am 28. und 29. Sept. stattgefundenen dritten Generalversammlung des Allgemeinen Sächsischen Lehrerverein's hatten sich gegen 1000 Teilnehmer vorher angemeldet. Bis zum 29. Sept. waren jedoch bereits 1162 angemeldet, zu denen noch ein großer Theil Unangemeldete kam. Die Bewohner der Stadt Plauen boten alles auf, den Lehrern den Aufenthalt angenehm zu machen. Auf das am Sonntag in der Hauptkirche stattgefundenen geistlichen Concert, welches sich einer sehr guten Aufnahme erfreuen durfte, folgte die Versammlung der Delegirten in den Räumen der Freundschaft und zuletzt geselliges Beisammensein in verschiedenen Localitäten. Alte Freunde, Klassenbrüder, die sich lange nicht gesprochen, stellten sich in die Arme und man konnte hier und dort die herzliche Freude des Wiedersehens auf dem Gesicht lesen. Welche Erinnerungen mögen da aufgetaucht und ausgetauscht worden sein! Montag, 29. Sept., vormittags 8¹/₂ Uhr, wurde die Hauptversammlung wieder in den Räumen der Freundschaft abgehalten. Nachdem Hr. Bürgermeister Kunze in Plauen die Lehrerschaft im Namen der Bürgerschaft beruhmten und besonders die Wichtigkeit der Erziehung und des Unterrichts als eines Grundpfeilers des Deutschen Reiches betont, sprachen Dr. Böhme-Plauen im Namen der Lehrerschaft von Plauen und Umgegend und Kolbe-Dresden im Auftrage des Vorstandes. Hierauf hielt Dr. Gläsch-Dresden einen Vortrag über die Fruchtbarkeit des Religionsunterrichts. Sie hängt ab a) nicht von der Zahl der Religionsstunden, wohl aber von einer tüchtigen und richtigen Ausbeutung derselben; b) nicht von dem Anteile, das mit dem Religionsunterricht betraut ist, wohl aber von der Persönlichkeit des Lehrenden; c) auch nicht von der

